

Erste Priorität: Arbeitsplätze sichern!

Zu den Perspektiven der Beschäftigten in der Metallindustrie

Wolfgang Rhode¹

Auf einen Blick

Die Metall- und Elektroindustrie steht angesichts schwerer Auftrags- und Produktionsrückgänge vor tiefgreifenden Herausforderungen. Erste Priorität muss sein, Arbeitsplätze zu sichern. Dies erfordert einen Staat, der sich nicht nur als Reparaturbetrieb des Kapitalismus sieht, sondern der auch gestalterisch eingreift. Eine ökologische Industrie- und Strukturpolitik sowie die Stärkung der Binnennachfrage und der Mitbestimmung stellen zentrale Stellschrauben dar, um die gegenwärtige Krise zu überwinden. Es geht auch darum, die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf einen nachhaltigeren Entwicklungspfad zu stellen, der die Interessen der Beschäftigten und der Allgemeinheit in den Mittelpunkt stellt.

„Wie sicher ist mein Arbeitsplatz?“ Aus Sicht der über 3,6 Millionen in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist dies die alles entscheidende Frage. Zwar muss mit Blick auf das gigantische Ausmaß der öffentlichen Rettungspakete für den Bankensektor auch über die Ursachen und die Verantwortlichen für die einst rauschende Finanzmarkt-Party gesprochen werden. Aber aus Sicht der Beschäftigten steht jetzt im Mittelpunkt, wie die Arbeitsplätze gesichert werden können.

Schwere Auftragseinbrüche und steigende Beschäftigungsrisiken

Die stark auf den Export ausgerichtete Metallindustrie ist massiv von der schwersten Krise der Nachkriegsgeschichte betroffen. In dieser Leitbranche treffen augenblicklich die Folgen der Finanzmarktkrise, der zyklische Abschwung und die nicht zu übersehenden strukturellen Herausforderungen zusammen. Nach einer längeren Boomphase hat sich in den letzten 12 Monaten die Geschäftslage in den Unternehmen, insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau, kontinuierlich verschlechtert. Auch die Bestellungen aus dem In- und Ausland sind deutlich zurückgegangen, im April 2009 lagen sie branchendurchschnittlich um fast 40 Prozent unter dem

Niveau des Vorjahresmonats. Der Auftragseinbruch führt zeitverzögert auch zu einem Einbruch bei der Produktion. Schon jetzt steht fest: 2009 wird die Metallindustrie einen Rückschlag wie nie zuvor erleben. Bei aller Unsicherheit der Prognosen ist ein Rückgang zwischen 10 bis knapp 20 Prozent realistisch. Dies ist zu beachten, wenn in den Zeitungen jetzt verstärkt von positiven Signalen gesprochen wird: Die Talfahrt nähert sich ihrem Ende, die Stabilisierung erfolgt aber allenfalls auf niedrigem Niveau.

Es ist jedoch nicht nur die Absatzseite, die Sorgen bereitet. Auch hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen zeigen sich zunehmend Probleme. Besonders dort, wo Private-Equity-Investoren die Unternehmen mit Schulden überfrachtet haben, zeigen sich jetzt die Grenzen dieses Geschäftsmodells. Aber auch an anderer Stelle drückt es. Betriebsrätebefragungen haben ergeben: Der Zugang zu Krediten wird auch für solide Unternehmen zu einem wachsenden Problem. Auch der berühmte solide Maschinenbauer von der Schwäbischen Alb hat jetzt mit deutlich erschwerten Kreditkonditionen zu kämpfen, weil die Banken Kredite nicht mehr vergeben können oder wollen.

Beschäftigung: Noch die Ruhe vor dem Sturm?

Auch wenn es am Arbeitsmarkt jetzt noch ruhig wirkt, besteht für Entwarnung kein Anlass. Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute spricht eine klare Sprache: Über eine Million Beschäftigte werden demnächst ihren Arbeitsplatz verlieren. Es wäre fahrlässig, jetzt abzuwarten, ob diese Prognose eintrifft oder sogar noch übertroffen wird. Schon heute sind viele Leiharbeiterinnen und -arbeiter still und leise entlassen worden. Durch die gesetzliche Aufhebung des Synchronisationsverbots haben sie häufig auch gleich ihren Arbeitsplatz bei der Leiharbeitsfirma verloren.

Bislang schützt vor allem die Kurzarbeit vor dem Gang zum Arbeitsamt. Um das Ausmaß zu verdeutlichen: Mittlerweile gibt es allein in der Metall- und Elektroindustrie gut 730.000 Kurzarbeiter. Die Gefahr für Arbeitsplätze steigt jedoch, so zeigt die jüngste Ifo-Umfrage ein ernüchterndes Bild: 43 Prozent der Unternehmen rechnen in den nächsten drei Monaten mit einem Abbau von Arbeitsplätzen. Dass die Krise

noch nicht voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen ist, hat auch mit der öffentlichen Meinung zu tun. Noch hat sich kein Unternehmen so richtig aus der Deckung gewagt und nach Jahren der Traumrenditen Massentlassungen angekündigt. Entlassungen sind derzeit geächtet. Aber auf vielen Vorstandsetagen laufen jetzt schon die Vorbereitungen, um Entlassungen durchsetzen zu können. Für die IG Metall steht die Sicherung von Arbeitsplätzen an erster Stelle. Diese Auseinandersetzung wird neben der gewerkschaftlichen Organisationskraft im einzelnen Betrieb auch von der öffentlichen Meinung entschieden. Dabei muss gelten: Nach den sehr guten Boomjahren ist für die Eigentümer auch eine Zeit mit Verlusten hinnehmbar und zumutbar. Es gibt im Kapitalismus keinen Rechtsanspruch auf Rendite für immer und ewig.

Zukunftsfähiger Staat: Neben Reparaturbetrieb auch Weichensteller

Angesichts des gesamtwirtschaftlichen Schrumpfens (Prognose: -6%) wird schnell deutlich: Der einzelne Betrieb ist mit der Bewältigung der Krise schlicht überfordert. Der Staat ist jetzt verpflichtet, seine wirtschafts- und besonders seine beschäftigungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Neben den Anforderungen an eine entschlossene Krisenbekämpfung gilt es auch den Blick zu erweitern.²

In diesem Zusammenhang erfährt die Diskussion um Staat und Markt eine Neuauflage. Die häufig anzutreffende Ausschließlichkeit wird dabei weder der historischen Entwicklung gerecht, noch nützt eine solche Haltung bei der akuten Bewältigung der Krise. Immer schon in der Geschichte kapitalistischen Wirtschaftens spielte der Staat eine entscheidende Rolle. Die vom staatlichen Einfluss gänzlich „freie Marktwirtschaft“ war vor allem ein Kampfbegriff der Ordoliberalen. Wenn aktuell über die Rolle des Staates gesprochen wird, sollte neben der zwingend notwendigen Aufgabe des Reparaturbetriebs auch die Funktion des Weichenstellers und des Richtungsweisers für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung stärker hervorgehoben werden.

Es geht um die Weichenstellung entlang gesellschaftlich festzulegender Leitplanken, weil eine unsichtbare Hand gegenüber sozialen und ökologischen Erfordernissen nicht wirkt. Es gibt

Freiheitsgrade entlang der Achsen:

- Arbeitspolitik (zunehmende prekäre Arbeit oder gute Arbeit),
- Unternehmenssteuerung (Fortsetzung des Diktats des Shareholder-Value oder nachhaltige Unternehmensentwicklung),
- Wirtschaftspolitik (weitere Deregulierung oder eine aktiv gestaltende Industrie- und Strukturpolitik).

Eine ökonomistisch verkürzte Debatte versperrt unnötig begehbare Alternativen! Eine wichtige Lehre aus dem jähen Ende der Finanzmarkteuphorie findet sich im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm. Dort heißt es: „Wirtschaftliche Demokratie ist unverzichtbar dafür, die Forderung des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘“ Angesichts der erschreckenden Einkommens- und Vermögensungleichheit erhält diese Formulierung eine ganz andere Brisanz. Wenn es jetzt um die krisenbedingte Lastenverteilung geht, muss die Verteilungsauseinandersetzung gleich mit angegangen werden. Neben der Beteiligung der großen Vermögen über eine entsprechende Steuer schlägt die IG Metall eine Zukunftsanleihe auf Vermögen von über 750.000 Euro vor. Mit dieser Anleihe soll ein öffentlicher Beteiligungsfonds gespeist werden, der sich aktiv um die Sicherung von Industriestrukturen kümmert.

Wenn die Banken ihrer ureigensten Aufgabe nicht mehr nachkommen und die Anforderungen der Realwirtschaft ignoriert werden, muss die öffentliche Hand einspringen. Dies ist ein wirtschaftspolitisch pragmatischer Lösungsweg zur Sicherung industrieller Strukturen. Es geht um einen Rettungsschirm für Unternehmen und Arbeitsplätze. Nicht die Finanzmärkte sind die Quelle des Wohlstandes, es kommt vor allem auf die industrielle Basis an.

Gebraucht: Stärkung der industriellen Basis

Tatsächlich könnte ein positiver Nebeneffekt der Auseinandersetzung um die Rettung von Opel sein, dass die wirtschaftspolitische Debatte wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Zwar ist es der hiesigen Industrie immer wieder gelungen, den Titel des Exportweltmeisters zu erringen. Diese Position stand jedoch im Widerspruch zur Gleichgültigkeit und zum Unverständnis gegen-

über industrieller Wertschöpfung in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung. Nachdem lange über das Ende der Industrie lamentiert wurde und Chancen für neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor ausgemacht wurden, ist mittlerweile von einer Renaissance industrieller Wertschöpfung die Rede. In ihren Wahlprogrammen bekennen sich die Regierungsparteien zum Industriestandort, vier Herausforderungen müssen dabei besonders in den Blick genommen werden.

I) Automobilindustrie muss strukturelle Herausforderungen annehmen

Die Abwrackprämie hilft der Automobilindustrie, die Kapazitäten auszulasten und die Beschäftigung bei Endherstellern und Zulieferern zu sichern. Dennoch muss diese Branche zahlreiche strukturelle Hausaufgaben erledigen. Für die hiesigen Anbieter besteht weiterhin die Option, die qualitativ und technologisch besten Fahrzeuge herzustellen. Zugleich zeichnet sich aber mit Blick auf die ökologische Herausforderung ein Sinneswandel ab: Bei den Käufern geht der Trend zu kleineren und sparsameren PKWs. Dies wurde von der Industrie lange Zeit nicht wahrgenommen bzw. schlicht ignoriert. Aber technisch gerät jetzt einiges in Bewegung. Der Verbrennungsmotor wird noch lange Zeit entscheidend sein, aber diese Technologie wird so schnell wie möglich verbrauchsärmer und sauberer werden müssen. Zusätzlich werden sich Antriebs- und Verkehrssysteme grundlegend verändern. Elektromobilität verlangt radikal neue Kompetenzen und Qualifikationsanforderungen rund um den Motor und das Getriebe. Aus Sicht der Gewerkschaften kommt es darauf an, die beschäftigungspolitischen Folgen dieser Technik zu thematisieren. Anstelle eines strukturkonservativen Ansatzes geht es darum, zu einem aktiven Treiber für den Wandel in der Automobilindustrie zu werden, weil eben nur so Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden können.

II) Mit ökologischer Industriepolitik die Zukunft gestalten

Die Industrie muss insgesamt zum Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels werden. Für die Umgestaltung des Energiesystems braucht es langfristig ausgelegte Investitionsprojekte, für die

die Politik klare Leitplanken bieten muss. Die Energieversorgung muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Erneuerbare Energien müssen ebenso wie CO₂-arme Kraftwerkstechnologie gefördert werden. Notwendig ist ein neues Konzept industrieller Leistungsfähigkeit, das nicht wie in früheren Jahren stur auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität setzt, sondern den Fokus verstärkt auf die Potenziale der Energie- und Ressourcenproduktivität richtet. Die augenblickliche Krise ist ausdrücklich kein Argument, um den ökologischen Umbau und die Entwicklung und Realisierung ressourcenschonender und energieeffizienter Produkte und Verfahren auf bessere Tage zu verschieben. Im Gegenteil: Die Umstellung der industriellen Produktion auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz stellt eine riesige Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung dar. In den USA hat sich die Obama-Administration mit der Initiative für die Green Technology auf den Weg gemacht, und auch das Bundesumweltministerium hat die strategische Bedeutung ökologischer Industriepolitik erkannt. Arbeitspolitisch kommt es besonders in den Branchen der erneuerbaren Energien darauf an, den Gegensatz von ökologischer Vorbildfunktion und der Realität der häufig schlechten Arbeitsbedingungen zu überwinden.

III) Mehr Gleichgewicht für das deutsche Geschäftsmodell

Das Geschäftsmodell der hiesigen Volkswirtschaft braucht mehr Gleichgewicht. In Deutschland haben die Exporte im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2000 um über 70 Prozent zugelegt, während der Binnenmarkt und hier besonders der private Konsum auf der Stelle treten. Das schwerwiegende Problem dieser einseitigen Ausrichtung zeigt sich jetzt: Bricht einmal die Auslandsnachfrage weg, bietet der Binnenmarkt wenig Potenzial zur Stabilisierung. Es kann nicht

darum gehen, die Exporte zurückzufahren. Gerade angesichts der auf die Investitionsgüterindustrie ausgerichteten Produktpalette der Metallindustrie ist es logisch, dass hiesige Maschinen rund um den Globus nachgefragt werden. Dennoch braucht es ein neues Gleichgewicht von außen- und binnenwirtschaftlicher Entwicklung. Die Förderung der öffentlichen Investitionen stellt hierbei einen zentralen Ansatzpunkt dar, um in Zukunft eine bessere Balance zu erzielen. Der Streik in den Kindertagesstätten sowie die Demonstrationen der Schüler und Studenten für bessere Bildung machen deutlich, wie groß die Defizite, aber auch die Potenziale beispielsweise im gesamten Bildungswesen sind.

IV) Statt Quartalsdenken mehr Nachhaltigkeit durch Ausbau der Mitbestimmung

Die Ursachen der Krise haben viel mit der hemmungslosen Zockerei und der Jagd nach der schnellen Rendite zu tun. Statt aber bei der Empörung über die Verfehlung Einzelner stehen zu bleiben, sollte die in vielen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen stattgefundene Finanzialisierung stärker thematisiert werden. Die Unzulänglichkeiten der Quartalsberichtorientierung sind offensichtlich geworden. Viele langfristig ausgerichtete Investitionsprojekte standen bislang im eklatanten Widerspruch zu der kurzfristigen Atemlosigkeit des Finanzmarkt-Kapitalismus. Es besteht die reale Gefahr, dass hierdurch die Erfolgsmerkmale des hiesigen Produktionsmodells untergraben werden. Diesen Fehlentwicklungen kann und muss mit mehr Wirtschaftsdemokratie entgegengewirkt werden. Daher wird jetzt mehr Mitbestimmung in den Unternehmen gebraucht. Konkret schlagen die Gewerkschaften vor, das Aktienrecht zu ändern, um Vorstand und Aufsichtsrat auch auf das Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit zu verpflichten.

-
- 1 Der Autor ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Dieser Artikel geht zurück auf ein Referat des Autors bei der Tagung des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik im Juni 2009 in Berlin.
 - 2 Zur konkreten Krisenbekämpfung ist auf den IG Metall Aktionsplan „Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein GUTES LEBEN“ hinzuweisen, der unter www.igmetall.de abgerufen werden kann.